



**Europa-Universität  
Flensburg**

Internationales Institut für Management  
und ökonomische Bildung

# Mein kleines Weltverbesserungsinventar

## Eine persönliche Bilanz aus gegebenem Anlass

**Gerd Grözinger**

---

Discussion Paper Nr. 34 (2021), ISSN 1618-0798

The author:

**Prof. Dr. Gerd Grözinger (i.R.): Internationales Institut für Management und ökonomische Bildung. Auf dem Campus 1, 24943 Flensburg.**  
Email: [groezing@uni-flensburg.de](mailto:groezing@uni-flensburg.de)

**Kontaktadresse:**

**Europa-Universität Flensburg**

**Internationales Institut für Management und ökonomische Bildung**

**Zentrales Institutssekretariat**

**Munketoft 3b, 24943 Flensburg**

**Email: [zis-iim@uni-flensburg.de](mailto:zis-iim@uni-flensburg.de)**

**<http://www.uni-flensburg.de/iim>**

**Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Universität Flensburg unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.**

**Europa-Universität Flensburg**

**Internationales Institut für Management und ökonomische Bildung**

# Mein kleines Weltverbesserungsinventar

## Eine persönliche Bilanz aus gegebenem Anlass

Im Frühjahr 2021 bin ich, Jahrgang 1953, nach einigen noch absolvierten Verlängerungsrunden endgültig aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden. Meine letzte Position war Professor für Sozial- und Bildungsökonomik an der Europa-Universität Flensburg. Studiert hatte ich zunächst Soziologie, dann aber in Ökonomie promoviert und habilitiert. Neben diversen innerwissenschaftlichen Fragestellungen und Projekten haben mich immer auch politikbezogene Debatten interessiert. Ich habe hier oft versucht, jeweils eine etwas andere Sichtweise als die üblichen Ansätze zu entwickeln, und, wenn immer möglich, damit auch ein breiteres Publikum anzusprechen. Deshalb sind es häufig, wenn auch nicht ausschließlich, Meinungsbeiträge in Zeitungen und auf Blogs oder Artikel in eher allgemeinpolitischen statt akademischen Journalen und Sammelbänden. Das ist auch keine strikte Entweder-Oder-Frage. Ich finde, dass es zu den Aufgaben von WissenschaftlerInnen gehört - so ihre disziplinäre Verortung es ermöglicht und sie denn eine Neigung dafür haben -, für gesellschaftliche Problemlagen Optionen jenseits der bereits bekannten Überlegungen zu entwickeln und diese dann auch mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Instrumentarium so überzeugend wie möglich zu begründen.

Thematisch sind die Beiträge weit gestreut. Es geht häufig um Wirtschafts- und Sozialpolitisches, sowie um Demokratie, Bildung, Geschlechtergerechtigkeit, aber auch um Internationales oder Europa. Wenn man Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts mit solchen politischen Reflektionen und Interventionen begonnen hat, kam u.a. die deutsche Wiedervereinigung des Weges, die Vertiefung und Strukturprobleme der Europäischen Union, die Finanzkrise von 2008ff, die ökologische Herausforderung und zum Schluss noch eine weltweite Pandemie. Das bot wirklich genug Anlass zum vertieften Nachdenken.

Im Folgenden wird ein Überblick über die dabei behandelten Themen gegeben und meine jeweiligen Überlegungen und Lösungsvorschläge werden kurz skizziert. Das Vorgehen ist chronologisch. Denn ich habe mich oft von ganz aktuellen Debatten, kleinen wie großen, anregen lassen und die zeitliche Einordnung kann hilfreich sein, inwieweit von heute aus gesehen, die Überlegungen rein zeitgebunden oder weiter von Relevanz sind bzw. angepasst werden sollten. Nicht alles Ältere ist automatisch veraltet. Themen haben oft Konjunkturen, sie sind scheinbar plötzlich da und verschwinden ebenso häufig wieder nach einiger Zeit, um später wiederaufzutauchen. Betreffen solche Zyklen meine Publikationen, sind entsprechende Hinweise auf spätere oder frühere Behandlungen im Text vermerkt. Sie sind dann jeweils mit Jahr und hier benützter thematischer Überschrift zum leichteren Wiederfinden benannt. Und gibt es Hinweise auf irgendeine praktische Anwendung oder wenigstens ein Aufgreifen der Idee, werden diese in Fußnoten angeführt.

Schließlich: ich habe mich selten überwinden können, das Gleiche noch einmal nur mit etwas anderen Worten an anderer Stelle zu veröffentlichen. Es war ja viel interessanter, thematisch Neues zu bedenken und zu kommentieren. Aber gelegentlich gibt es Versionen in unterschiedlichen Sprachen oder einen besonderen Grund, wie etwa Interesse von außen und andere Kontexte, um eine Überlegung mehr als einmal zu publizieren. In diesem letzten Fall wird nur die erste oder auch die ausführlicher argumentierende Variante aufgeführt.

1986

- ATOMARE ABSCHRECKUNG

Das war eine hohe Zeit des Wettrüstens, vor allem durch den damaligen amerikanischen Präsidenten Reagan mit seinem Sternenkriegsprogramm weiter angeheizt. Ich habe hier argumentiert, dass das dadurch erzielte Gleichgewicht durch die Fähigkeit gegenseitiger Vernichtung zwar ein anerkanntes Prinzip des kalten Kriegs darstellt, aber die praktische Umsetzung davon sehr kostspielig ist und aufgrund technischer Fortentwicklungen zeitlich auch wenig stabil. Besser wäre es deshalb, in die Mitte der jeweiligen Metropolen der beteiligten Staaten wie Moskau, New York, Leningrad, Paris etc. gleich einige feindliche Atombomben, bewacht von einer kleinen Truppe todesbereiter SoldatInnen, in Bunkern zu stationieren. Jeder Versuch, durch eigenen Einsatz von Atomwaffen etwas erreichen zu wollen, hätte dann automatisch zu nicht abwendbaren Gegenschlägen mit ebenfalls sehr hohen Opferzahlen im eigenen Lande geführt.<sup>1</sup>

- GARANTIERTES GRUNDEINKOMMEN

Zu dieser Zeit hatten wir die erste große Debattenwelle in Deutschland zu dem Thema. Befeuert wurde sie durch den 1983 erreichten erstmaligen Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag. Und diese Partei war damals sehr offen gegenüber auch grundsätzlicheren Überlegungen zur Neuausrichtung sozialer Sicherung. Allerdings war die ökonomische Seite der Debatte zu dem Zeitpunkt so gut wie gar nicht belichtet. In dem Beitrag wird deshalb überschlägig berechnet, wie hoch ein (der Einfachheit halber, linearer) Einkommensteuersatz sein müsste, der ein Grundeinkommen für Alle ermöglichte. Das Ergebnis war durchaus vielversprechend, ein Grundeinkommen schien praktisch umsetzbar und aus vielen Gründen politisch wünschenswert.<sup>2</sup> Ich habe mich später auch mit Alternativen dazu bzw. Varianten davon beschäftigt, sei es eines allgemeinen steuerfinanzierten Startkapitals für die junge Generation (2006, Sozial-Erbschaft), eines Grundeinkommens für Bildungsphasen (2007, Bildungsgrundsicherungseinkommen), oder eines regionalen Großexperiments aufgrund ökologisch motivierter Betriebsstillegungen(2019, Kohleausstieg).

1987

- SABBATICAL

Dieses Thema hatte ich bereits vorher in einem anderen Kontext (1986, Garantiertes Grundeinkommen) als dort passende Flankierung einer ökonomischen Basissicherung kurz angesprochen und es schien mir jetzt eine etwas ausführlichere Darstellung zu verdienen. Die Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts war eine Periode hoher Arbeitslosigkeit, etwas 9%, und ein gesetzliches Sabbatical bei gleichzeitiger Pflicht der Arbeitgeber, in dieser Phase personellen Ersatz einzustellen, hätte die vorhandene knappe Arbeitsmenge gerechter verteilen können. Die zeitweilig freigestellten Arbeitnehmerinnen

---

<sup>1</sup> Gerd Grözinger, Max MAD - eine Alternative zu Star Wars, in: Kursbuch 83, 1986, S. 79 - 84

<sup>2</sup> Gerd Grözinger, Finanzierungsaspekte eines garantierten Grundeinkommens, in: Michael Opielka/Georg Vobruba (Hrsg.), Das garantierte Grundeinkommen, Frankfurt 1986, S. 169 - 179

hätten Anrecht auf Arbeitslosengeld haben sollen, so dass die dadurch entstehenden Kosten überschaubar gewesen wären, der persönliche Freiheitsgewinn dagegen beachtlich.<sup>3</sup> Es gab immer mal wieder Interesse an dem Vorschlag und entsprechende Kontakte, zuletzt mit der damaligen Linken-Vorsitzenden Katja Kipping.<sup>4</sup>

1988

- ROTATIONSWAHL

Das ist meine erste Überlegung zur Verbesserung demokratischer Herrschaft. Auslöser ist die Beobachtung, dass zwischen Wahlterminen der Bürgerschaft wenig Möglichkeiten der substantiellen Rückmeldung an ihre RepräsentantInnen zukommt, ob deren Entscheidungen Zustimmung findet oder nicht. Und dass direkte Demokratie, selbst wenn vorhanden, schon aufgrund der Vielfalt zu treffenden Entscheidungen hier nur eine beschränkte Rolle spielen kann. Der Vorschlag ist, stattdessen die festen Wahltermine aufzulösen und jeden Sonntag in einigen Wahlkreisen zu wählen, samt gleitender Veränderung der Zweitstimmenanteile. Auf Parlamentsmehrheiten basierende Regierungen könnten so mal länger, mal kürzer im Amt sein, neue gesellschaftliche Herausforderungen oder Meinungen sich viel schneller in Politik umsetzen.<sup>5</sup>

- FRIEDLICHE MAUERAUFLÖSUNG

Es wurde langsam sichtbar, dass die Situation in der DDR instabiler wurde, wenn auch eine Chance auf Wiedervereinigung noch nicht auf der Agenda stand. In dem Beitrag wird ventiliert, was man gewönne, wenn die BRD darauf verzichtete allen BürgerInnen der DDR gleich westdeutsche Papiere auszuhändigen, sondern sie zuvörderst als EinwohnerInnen eines anderen Landes betrachtete. Dann könnte die DDR regelhaft Visa ausstellen und man könnte damit reisen und auch zweitweise in West-Deutschland arbeiten. Wie bei manch anderen Staaten üblich und akzeptiert, hätte die DDR aber Anspruch auf Vergütung ihrer Ausbildungskosten, wenn jemand auf Dauer in der BRD bliebe. Diese könnte in einem solchen Fall Ost-Berlin mit der Unterstützung westdeutscher Behörden eintreiben. Wer aber eine persönliche politische Verfolgung nachwies, der müsste natürlich nicht zahlen, würde dann aber nach den Regeln des allgemeinen Asylrechts behandelt.<sup>6</sup>

1989

- REGIERUNGBETEILIGUNG

Zu dem Zeitpunkt waren die Grünen die radikale Partei im Bundestagswahlkampf, und, wie heute die Linke, zerstritten, ob man in eine zukünftige Regierung eintreten wolle. Jede radikalere Partei kann als Juniorpartner nur relativ wenig durchsetzen, in der Opposition

---

<sup>3</sup> Gerd Grözinger, Sabbatical. Ein Vorschlag die gleitende Arbeitslosigkeit einzuführen, in: Freibeuter 34, 1987, S. 44 - 49

<sup>4</sup> <https://www.zeit.de/arbeit/2019-03/katja-kipping-die-linke-sabbatjahre-auszeit-sabbatical-finanzierung>

<sup>5</sup> Gerd Grözinger, Wahltäglichkeit in Freibeuter 39, 1988, S. 136 - 140

<sup>6</sup> Gerd Grözinger, Teure Freiheit - zur marktinstrumentalen Auflösung der Mauer, in: Kursbuch 94, 1988, S. 189 - 194

dagegen so gut wie gar nichts. Der Vorschlag war hier: statt bei einer formellen Regierungsbeteiligung in allen Feldern jeweils sehr wenig zu erreichen, besser dem Kabinett fernbleiben und sich auf ganz wenige Themen - wie damals den Atomausstieg - konzentrieren und dort im Koalitionsvertrag vorzeigbare, tiefgreifende Erfolge generieren. Den anderen Gesetzesvorhaben des Seniorpartners, sofern sie eigenen Vorstellungen zuwiderliefen, würde dann als Gegenleistung ‚unter Protest‘ im Parlament zugestimmt.<sup>7</sup>

1990

- **DDR-ABWICKLUNG**

Das ist ein kleines Büchlein mit etlichen Vorschlägen, wie man die Wiedervereinigung besser organisieren könnte als die Regierung es plante (und leider so auch durchführte). Dazu zählten u.a. eine systematische Arbeitsumverteilung, eine Investitionsbindung, aber auch die Forderung, Entschädigungen von vorher enteigneten Altbesitzern, als Umverteilung ‚innerhalb einer Klasse‘ durch Steuererhöhungen bei ökonomisch starken WestlerInnen zu finanzieren. Schließlich wird angeregt, weniger auf den Erhalt veralteter Industrien zu setzen, sondern die Neuen Bundesländer als potentielle zukünftige High-Tech-Regionen zu sehen und u.a. bei der flächendeckenden Versorgung mit schnellen Kabelverbindungen zu priorisieren, sowie zum Einüben auf künftige digitale Arbeitsfelder stärker auf die Einrichtung von Online-Mediatheken (heute würde man von Streaming-Diensten sprechen) statt auf mehr TV-Sender zu setzen.<sup>8</sup>

- **NATO-AUSDEHNUNG**

Zu dem Zeitpunkt wurde diskutiert, inwieweit ein in der Wiedervereinigung begriffenes Deutschland auch insgesamt NATO-Mitglied sein sollte. In Anlehnung an das entmilitarisierte Rheinland nach dem WK I habe ich in dem Beitrag vorgeschlagen, dass zumindest für einige Dekaden das Gebiet der DDR ohne Truppenstationierung bleiben sollte. Und auch, dass deren Bewohner in dieser Phase von der (damals noch bestehenden) Wehrpflicht befreit werden sollten, ein wirtschaftlicher Anreiz, dort zu bleiben. Um Bedenken anderer europäischer Staaten gegenüber einem wieder übermächtigen und vielleicht auch bald erneut übergreifigen Gesamt-Deutschland aufzugreifen, könnte man zusätzlich darauf verzichten, in Zukunft eigenes Kriegsgerät herzustellen und dergleichen stattdessen bei den Bündnispartnern erwerben.<sup>9</sup>

- **ELITENERNEUERUNG IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN**

Des puren Machterhalts wegen wurden die Mitglieder ehemaliger Blockparteien in der DDR, natürlich ohne die verfemte SED, von ihren westdeutschen Gegenübern eingesammelt und im Blitzverfahren zu DemokratInnen erklärt. Man hat damit die Chance verpasst, zum einen eine ganz neue Gruppe von MandatsträgerInnen zu befördern, zum anderen im System Verstrickten ein Moment von Innehalten und praktischer Buße als Sühneopfer zu ermöglichen, eine psychologisch nützliche Bewältigungsform. Besser wäre es deshalb

---

<sup>7</sup> Gerd Grözinger, RealFundamentalismus, in: Kursbuch 95, 1989, S. 169 - 173

<sup>8</sup> Gerd Grözinger, Teures Deutschland. Was kostet uns die DDR?, Berlin 1990

<sup>9</sup> Gerd Grözinger, Halbe Neutralität und doppelte Sicherheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/90, S. 402 - 404

gewesen, aktiven Mitgliedern aller früheren Parteien in der DDR für eins, zwei Legislaturperioden das passive Wahlrecht zu entziehen.<sup>10</sup>

1991

- **WIEDERVEREINIGUNGSÖKONOMIE I**

Es war zu diesem Zeitpunkt schon absehbar, dass die Hoffnung, dass die westdeutsche Industrie die Re-Vitalisierung der Wirtschaft der Neuen Bundesländer als patriotische Pflicht sehen würde, falsch war. Deshalb werden hier zwei Maßnahmen vorgeschlagen um, statt vergebens auf das Goodwill zu hoffen, besser Pflichten festzuschreiben. Einmal sollten größere Firmen eine feste Relation von Ost- zu West-Beschäftigten nachweisen oder alternativ eine empfindliche Abgabe zahlen. Zum anderen sollten die steuerbefreiten Abschreibungen und Rückstellungen zunächst in einen Nationalen Fonds fließen, aus dem Firmen sich für Realinvestitionen in Deutschland bedienen könnten.<sup>11</sup> Diese letztere Überlegung wurde später auch noch einmal aufgegriffen und etwas systematischer verfolgt (1998, Semi-Autonomie).

- **WIEDERVEREINIGUNGSÖKONOMIE II**

Neben dem oben beschriebenen (1991, Wiedervereinigungsökonomie I) Investitionsfonds wird hier eine zweite Überlegung eingeführt. Man könnte westdeutsche Lohnerhöhungen zu einem kleinen Anteil nicht individuell auszahlen, sondern – als Solidarität unter den Erwerbstätigen – zur Subvention ostdeutscher Löhne nutzen. Das sicherte dort den Industriestandort und minderte Abwanderungsbewegungen. Im Gegenzug für ein solches Angebot müsste die Bundesregierung den Gewerkschaften Investitionsverpflichtungen der Industrie zusichern.<sup>12</sup>

- **VOLKSWILLEN-VERBESSERUNG**

In dem Beitrag werden vier verschiedene Vorschläge präsentiert. Nur einer davon ist bereits vorher einmal publiziert worden, nämlich die Parlamentswahl rotierend abzuhalten (1988, Rotationswahl). Die neuen betreffen, erstens, die sehr asymmetrische Bündnissituation. Vorgeschlagen wird, statt von den USA einseitig zu Interventionen angetrieben zu werden, stattdessen ein NATO-Parlament staatenübergreifend zu wählen, das Kriegseinsätze wie z.B. im Nahen Osten künftig beschließen kann und das Militär über einen einheitlichen Umsatzsteuersatz finanziert. Zweitens wird angeregt, jeweils zwei Wahlkreise zusammenzulegen und sie nach Männern und Frauen zu trennen. Werden auch die Zweitstimmen ebenfalls getrennt organisiert, führt dies zur automatischen politischen Geschlechterparität im Parlament. Und drittens wird überlegt, ob man nicht Stimmen nach politischem Kenntnisstand gewichten sollte. Ein einfacher, kleiner Wissenstest bei der

---

<sup>10</sup> Gerd Grözinger, Vom Primat und vom Primatentum der Politik, in: Arthur Heinrich/Klaus Naumann (Hrsg.), Alles Banane. Ausblicke auf das endgültige Deutschland, Köln 1990, S. 19 – 27

<sup>11</sup> Gerd Grözinger, Zwei hydraulische Überlegungen zur Erhöhung des Investitionsdrucks, in: Gerd Grözinger (Hrsg.), Nur Blut, Schweiß und Tränen? Alternativen zum Katastrophenhandeln bei der deutschen Einigung Marburg 1991, S. 83 - 95

<sup>12</sup> Gerd Grözinger, New Deal 1991. Ein Solidaritätspakt von unten - als Angebot für die da oben, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1991, S. 279 - 285

Stimmabgabe, der die formale Grundlage für die Gewichtung böte, könnte dazu leicht von wissenschaftlicher Seite entwickelt werden.<sup>13</sup>

1993

- ZUKUNFTSFÄHIGE DEMOKRATIE

Dabei geht es um die Frage, wie die Interessen der nächsten Generation in das politische Geschehen systematisch integriert werden kann. Vorgeschlagen wird ein von den Eltern vikarisch, also stellvertretend, wahrgenommenes Wahlrecht für ihre Kinder unter 18. Sobald diese aber kompetent genug sind, wird ihnen das Wahlrecht auf Antrag zur persönlichen Ausübung übertragen, und zwar unabhängig vom Lebensalter. Individuell nachgewiesen werden kann dies durch die Teilnahme an einem regelmäßig angebotenen politischen Wissenstest, wo sie mindestens die Punktzahl einer parallel befragten Kontrollgruppe von Erwachsenen mit automatischem Wahlrecht erreichen müssen.<sup>14</sup>

- ABTREIBUNGS-FINANZIERUNG

Das Bundesverfassungsgericht hatte gerade die Übernahme der Abtreibungskosten jenseits medizinischer oder kriminologischer Gründe durch die Krankenkassen untersagt. Hier wird vorgeschlagen, dass von den Kassen allen Männern als letztlich Verursacher von Schwangerschaften eine freiwillige Zusatzversicherung angeboten wird, die die Kosten der anderen Abbrüche deckt. Das wäre ein, für eine noch dazu vermutlich pro Person sehr bescheidene Summe an Belastung, demonstrativer kollektiver solidarischer Akt.<sup>15</sup>

1994

- NICHTWÄHLER-INTEGRATION

Ein Problem der Demokratie ist die fehlende Repräsentanz der Nicht-Wähler, ein beträchtlicher und im Trend eher zunehmender Bevölkerungsanteil. Deshalb wird hier überlegt, ob man nicht aus dieser Gruppe per Losverfahren ausgewählte ‚Bürgerabgeordnete‘ zusätzlich zu den Wahlabgeordneten in die Parlamente einziehen lassen sollte. Um handlungsfähige Regierungen weiter zu ermöglichen, sollte auch dafür eine 5%-Hürde gelten, errechnet aus einer Abweichung der jeweiligen Wahlbeteiligung von bereits erreichten Höchstwerten.<sup>16</sup> Letztlich handelt es sich hier um eine, frühe und sicher etwas ungewöhnliche, Anwendung des BürgerrInnenrats-Modells auch auf Parlamente, das aktuell gerade sehr en vogue ist und es mittlerweile als Modellprojekt sogar bis in den Deutschen

---

<sup>13</sup> Gerd Grözinger, Die Verbesserung des Volkswillens, in: Kursbuch 104, 1991, S. 85 - 103

<sup>14</sup> Gerd Grözinger, Achtung - Kind wählt mit! Zur allmählichen Aufhebung der 'Diktatur der Gegenwart über die Zukunft', in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/93, S. 1261 - 1267

<sup>15</sup> Gerd Grözinger, Solidar-Haftung! Wie Abtreibungen durch die Kassen finanzierbar werden, in: die tageszeitung, 7.6.1993

<sup>16</sup> Gerd Grözinger, Nichtwählers Wahl. Bürgerabgeordnete als Alternative zu Proteststimme und Parteienverdrossenheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/1994, S. 1248 - 1256



Bundestag geschafft hat.<sup>17</sup>

- ZUKUNFTSGESTALTUNG

Mehrere Überlegungen zur ökologischen Umorientierung werden hier diskutiert. Das erste ist eine zur Mobilität, wo, vor allem auf dem Lande, das Automobil weiter eine große Rolle spielen dürfte. Vorgeschlagen wird, in privaten PKWs ein Kartenlesegerät zu integrieren und fremden MitfahrerInnen durch vorher zu erwerbenden ‚Mobilitätskarten‘ eine Beteiligung an parallel stark zu erhöhenden Kraftstoffpreisen abzuverlangen. Haltestellen mit Signalanlagen zu gewünschten Zielen sollen die Umsetzung erleichtern (heute würde man dafür Apps nutzen). Eine recht abgemagerte praktische Umsetzung davon findet sich bei den seit einigen Jahren boomenden Mitfahrbänken.<sup>18</sup> Weiter sollten Produktivitätsgewinne künftig stärker in Freizeit- statt in Lohnsteigerung umgesetzt werden. Drittens sollten Abwanderungsdrohungen der Wirtschaft durch eine ‚Staatsbürgerschaft für produktives Kapital‘ konterkariert werden, ein Aufgreifen früherer Überlegungen (1991, Wiedervereinigungsökonomie I). Und schließlich wird noch eine Bundesstiftung ‚Zukünfte erproben‘ vorgeschlagen, wo diejenigen, die keine Kirchensteuer zahlen, einen Betrag in gleicher Höhe abführen und aus denen risikobehaftete Projekte finanziert werden, die zu einer besseren Zukunft beitragen könnten.<sup>19</sup>

1995

- QUOTENALTERNATIVE

Aufgrund eines damaligen negativen Urteils des Europäischen Gerichtshofs bezüglich der Bevorzugung von Frauen bei Einstellungen wird eine Alternative diskutiert. Gewünscht wird ja eine verbesserte, im Idealfall paritätische, weibliche Erwerbsbeteiligung und zwar sowohl quantitativ wie qualitativ, d.h. auf allen hierarchischen Ebenen. In einem einzigen Indikator sind beide Dimensionen verknüpft: der Lohnsumme. Wenn man auf die Differenz der Lohnsumme der Frauen und der der Männer je Betrieb eine substantielle und mit der Zeit ansteigende Abgabe erhöhe, würden Unternehmen sowohl mehr Frauen einzustellen wie sie mehr zu fördern beginnen. Im öffentlichen Dienst, der anderen Finanzierungsregeln folgt, müsste man entsprechend das Einkommen der über Einstellungen und Beförderungen Befindenden ein Stück weit an die Entwicklung der Lohnsummendifferenz ihrer Abteilungen koppeln.<sup>20</sup>

1996

- LOHNZURÜCKHALTUNG

Ein Dauerbrenner der tarifpolitischen Diskussion ist die Forderung der Arbeitgeber, geringere Lohnerhöhungen als aufgrund der Produktivitäts- und Inflationsentwicklungen angemessen

---

<sup>17</sup> <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw20-buergerrat-842938>

<sup>18</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Mitfahrbank>

<sup>19</sup> Gerd Grözing, Umriss eines Neuen Wohlstandsmodells, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1994, S. 577 – 582

<sup>20</sup> Gerd Grözing, Gleichstellung ohne Quote, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1995, S. 1426 - 1428

wären, zu akzeptieren, um Beschäftigung zu sichern bzw. zu steigern. Da dieser Zusammenhang viel weniger sicher ist, als von dort unterstellt, manchmal aber doch stimmen kann, wird ein Kontroll- und Sanktionsmechanismus vorgeschlagen. Wenn Gewerkschaften dies akzeptieren sollen, muss festgelegt werden, in welchem Zeitraum welche Beschäftigungsziele bei einer Branche erreicht werden sollen. Verfehlen die Arbeitgeber ihre Marke, muss nachgezahlt werden. Und können einzelne Betriebe dies nicht leisten, so müssen sie statt Lohnsteigerungen Anteile am Unternehmen übertragen, die in einem Fonds zugunsten der Beschäftigten gesammelt werden.<sup>21</sup>

- **ARBEITSRHYTMEN**

Es gibt Bereiche, wo selbstverständlich am Wochenende und abends wie nachts gearbeitet wird, z.B. in der Gastronomie oder in Hospitälern, und es gibt andere, wo das starker gesetzlicher Regelung und Begrenzung unterliegt, wie im Handel. Hier wird stattdessen ein einheitliches gesetzliches Verfahren für Alle vorgeschlagen, ein Ampelmodell. In einem grün benannten Stundenkernbereich, also wochentags und tagsüber, werden keine Zuschläge auf die Löhne gezahlt. In zeitlichen Randbereichen davon, gelb, mittlere Zuschläge. Und nachts wie sonntags, gilt rot, mit entsprechend sehr hohen Zuschlägen. Vermutet wird, dass sich manche spezialisieren werden und zu gleichem Geld weniger arbeiten, dafür aber nur zu den Zeiten mit den hohen Zuschlägen, andere Erwerbstätige dafür hiervon entlastet werden.<sup>22</sup>

- **ENTSCHEIDUNGSVERFAHREN**

Zunehmend gibt es Entscheidungen zu treffen, wo die Optionen mehr als zwei umfassen. Zumeist, wie etwa bei der Wahl von Parteivorsitzenden, wird dafür das Prinzip der relativen Mehrheit gewählt. Die Wissenschaft ist sich einig, dass dies das schlechteste aller Verfahren ist, da es Folgepräferenzen völlig unberücksichtigt lässt. Nach einer Diskussion der in der Fachliteratur vorgeschlagenen Alternativmethoden wird ein eigenes Verfahren entwickelt, das sich breit anwenden lässt, formale Vorteile hat, aber trotzdem sehr transparent und leicht verständlich ist: ‚ExCumLex‘.<sup>23</sup> Die Optionen werden dabei von den Wahlberechtigten wie mit Schulnoten bewertet, dann zunächst die 1er Ebene (sehr gut) ausgezählt, und wenn hier keine absolute Mehrheit für eine davon gegeben ist, die Bewertungen mit 1 (sehr gut) und 2 (gut) zusammengezählt etc. pp. Es wird in späteren Zusammenhängen auch für diverse praktische Anwendungen darauf verwiesen (1997, Politische Wissenschaftseinbeziehung; 2003, EU-Demokratie; 2018, Brexit-Referendum Nr. 2; 2020, Direktmandate).

1997

- **POLITISCHE WISSENSCHAFTSEINBEZIEHUNG**

Politische Entscheidungen werden immer komplexer und durch wissenschaftliche Kompetenz vorgeprägt. Letztere ist aber selten uneindeutig, so dass Politik zu häufig sich auf ‚ihr

---

<sup>21</sup> Gerd Grözing, Lohnverzicht für Arbeitsplätze - wie die Rechnung aufgehen kann, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1996, S. 307 - 313

<sup>22</sup> Gerd Grözing, Vom Elend der Ladenhüter - das neue Gesetz zur Geschäftsöffnungszeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1996, S. 914 – 916

<sup>23</sup> Gerd Grözing, Entscheidungskompetenz und Abstimmungslogik. Zur Wahl von Wahlverfahren, nebst Vorstellung einer neuen Variante, in: Staatswissenschaft und Staatspraxis 2/96, S. 195 - 232

genehme' WissenschaftlerInnen zur Begründung beruft. Als Alternative dazu wird ein Verfahren präsentiert, wo in großen gesellschaftlichen Fragen nach Mehrheitsmeinungen in zu bildenden hochschulischen ‚Fachkollegien‘ gesucht wird. Diese sollten neben der exekutiven, legislativen und judikativen als vierte, als ‚konzeptive Gewalt‘ autonom Gesetzesentwürfe beschließen dürfen, die von den Parlamenten dann entweder so angenommen oder - bei Ablehnung - zusammen mit der konkurrierenden Vorstellung der Abgeordnetenmehrheit einer Volksabstimmung unterzogen werden.<sup>24</sup>

1998

- HOCHSCHULFINANZEN

Hier geht es um drei Reformvorschläge. Erstens sollen nach Schweizer Vorbild die Bundesländer für die inländischen Studierkosten ihrer (Abitur-)Landeskinder einstehen, denn wir haben hier große regionale Unterschiede im Studienangebot. Der Bund dagegen sollte sich aus der Hochschulfinanzierung herausziehen und im Gegenzug die Studierkosten ausländischer Studierender übernehmen. Zweitens sind gebührenfreie Hochschulen in hohem Maß faktisch eine Umverteilung von oben nach unten. Deshalb werden nach australischem Vorbild ‚nachträgliche Studiengebühren‘ gefordert, wo ein Teil des späteren Einkommens, so denn überdurchschnittlich, an die Gesellschaft zurückgegeben wird. Drittens schließlich könnte man die nachträglichen Studiengebühren noch nutzen, um - statt des Numerus Clausus - knappe Studienplätze einer Auktion zu unterwerfen, wo die Abgabe weiterer späterer Einkommensanteile den Preis bilden. Vor allem der erste Vorschlag zum regionalen Ausgleich ist von mir später immer mal wieder aufgegriffen und aktualisiert worden (z.B. 2016, Föderalismus-Reform).<sup>25</sup>

- MIGRATIONSGERECHTIGKEIT

In dieser Problemdimension werden zwei Vorschläge gemacht. Ausgehend von der Beobachtung, dass das Land der Geburt statistisch entscheidend für das spätere materielle Wohlergehen ist, gleichwohl völlige Niederlassungsfreiheit überall keine reale Option ist, wird erstens eine Kompensationslösung erarbeitet. Basis ist die Registrierung eines Migrationswunsches, unterlegt mit einer Summe Geldes, die man bereit wäre dafür zu zahlen. Eine Lotterie mit einer Gewinnwahrscheinlichkeit nach der Einsatzhöhe ermittelt die real zugelassenen MigrantInnen. Die Summe an Zahlungsbereitschaft der darüber aber Nicht-Zugelassenen quantifiziert das internationale Gerechtigkeitsdefizit. Sie wird kollektiv den entsprechenden Sende-Gesellschaften zivilgesellschaftlich ausgezahlt, wobei der schuldende Staat aber das abziehen darf, was er an anderen Ausgaben zur Verringerung der Nord-Süd-Kluft nachweist, z.B. Entwicklung von Medikamenten für Tropenkrankheiten. Die zweite Überlegung greift die Kontingenz der Staatsbürgerschaft von der individuellen Seite auf. Vorgeschlagen wird eine - nach der Bevölkerungshöhe der Staaten gewichteten - zugeloste zweiten Staatsbürgerschaft. Ein kleiner %-Teil des eigenen Einkommens geht an diese Zweit-Heimat, ein gleicher Teil kommt dafür von dort als deren Durchschnittswert zurück. Man

---

<sup>24</sup> Gerd Grözinger, Sachverstand und Politikvernunft. Zur möglichen Rolle einer Gelehrtenrepublik in der Bürgerdemokratie, in: Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft 1996, Baden-Baden 1997, S. 273 - 301

<sup>25</sup> Gerd Grözinger, Hochschulfinanzierung - eine Reform im Dreierpack, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1998, S. 457 - 466

wäre also ganz konkret interessiert, wie es in diesem mir zugewiesenen Land X mit der wirtschaftlichen, sozialen, politischen Situation steht.<sup>26</sup>

- SEMI-AUTONOMIE

Die Zentralbank, damals Bundesbank, heute EZB, ist eine semi-autonome Einrichtung. Sie agiert also nach der Wahl ihrer RepräsentantInnen unabhängig von demokratischer Kontrolle. Damit ist das wirtschaftspolitische Ziel der Preisstabilität institutionell hervorgehoben und faktisch über die anderen gesetzt. Hier wird überlegt, inwiefern man die beiden anderen klassischen großen Ziele - Vollbeschäftigung und Wachstumsverstätigung - als Gegengewicht ebenfalls in semi-autonomen Organisationen verankern kann. Einmal könnte man dazu eine ‚Arbeitszeitagentur‘ gründen, die je nach Arbeitsmarktlage eine wöchentliche Kernarbeitszeit festlegt. Jenseits dieser ‚grünen‘ Stundenmenge gibt es kleine, gelb genannte, Abweichungsmöglichkeiten davon, wo bescheidene Strafzahlungen fällig werden. Noch darüber hinaus gehende Abweichungen, rot bewirken relativ hohe Strafzahlungen. So ist Flexibilität für die Betriebe gegeben, aber Arbeitsumverteilung wird gegenüber Arbeitslosigkeit präferiert. Für die Wachstumsverstätigung wird ein ‚Investitionsfonds‘ vorgeschlagen, wo Rückstellungen und Abschreibungen gesammelt werden und ebenfalls den Firmen nach einem Ampelmodell für Investitionen zur Verfügung gestellt werden.<sup>27</sup> Damit werden Überlegungen noch einmal aufgegriffen und systematisiert, die zuerst mit den Herausforderungen durch den Fall der Mauer formuliert worden sind (1991, Wiedervereinigungsökonomie I).

1999

- INTERNATIONALE GEWINNBESTEuerung

Dass international tätige Konzerne ihre Gewinne durch Buchhaltungstricks in steuerlich günstige Gebiete verschieben, ist seit langem Thema der ökonomischen Debatte. Besonders in der EU mit den ökonomischen Grundfreiheiten einschließlich einer ungehemmten Kapitalmobilität auf der einen Seite, einer Nicht-Harmonisierung bei Steuern auf der anderen Seite, ist das ein ständiges Ärgernis. Zentral ist dabei die Möglichkeit, mit künstlich hohen oder niedrigen Verrechnungspreisen innerhalb von Konzernen zu arbeiten. In dem Beitrag wird vorgeschlagen und mit Beispielen simuliert, Gewinnanteile künftig nicht mehr nach den formellen Verbuchungen, sondern stattdessen schematisch nach den Umsätzen pro Land zu berechnen und darauf den jeweiligen nationalen Gewinnsteuersatz zu erheben.<sup>28</sup> Damals war das eine relativ radikale Forderung. Aber die grundsätzliche Bedeutung von Gewinnverlagerung und damit substanzieller staatlicher Einnahmensenkung ist mittlerweile auch in der Politik angekommen. Die Ausarbeitungen der mit einer Reform betrauten OECD, unterstützt von 130 Staaten und Gebieten, sehen vor, dass künftig nicht nur

---

<sup>26</sup> Gerd Grözinger, Weltbürgerschaft und Nationalitätslotterie. Zwei Überlegungen zur globalen Verteilung von Reichtum und Bevölkerung, in: Hauke Brunkhorst (Hrsg.), Demokratischer Experimentalismus. Politik in der komplexen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1998, S. 175 - 200

<sup>27</sup> Gerd Grözinger, Drei wirtschaftspolitische Ziele, drei semi-autonome Institutionen, in: Arne Heise (Hrsg.), Renaissance der Makroökonomik, Marburg 1998, S. 141 - 178

<sup>28</sup> Gerd Grözinger, Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union - eine politisch-praktikable Alternative zur Nirvanaharmonisierung, in: Arne Heise (Hrsg.), Makropolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Marburg 1999, S. 233 - 285

ein (wenn auch letztlich stark verwässerter) Mindeststeuersatz für große, internationale Konzerne eingeführt werden soll (Säule 2), sondern dass auch deren jeweiliger weltweiter Gesamtgewinn schematisch nach der Maßgabe der Geschäftstätigkeit je Land verteilt wird (Säule 1).<sup>29</sup> Geht doch!

- KRIEGSWAFFEN-HAFTPFLICHT

Deutschland ist ein großer Waffenexporteur mit faktisch laxen Beschränkungen und wenig Transparenz. Deshalb wird hier ein Klageverfahren von Betroffenen bei deren Einsatz im Ausland angeregt. Dazu bedarf es erstens eines, bis zur Klageerhebung ruhig auch geheimen, präzisen Exportregisters. Zweitens darf bei Gebrauch dieser Waffen im Ausland prinzipiell von Geschädigten zivilrechtlich Klage in Deutschland erhoben werden. Dazu muss drittens der Bundestag aber nach der Einreichung Stellung nehmen, ob der Militäreinsatz legitim und wenn ja, die Gewaltanwendung angemessen oder doch exzessiv war. Bejaht er die Legitimität, ist die Klage nichtig. Sind aber alle Hürden genommen, muss die liefernde Firma Schadensersatz leisten.<sup>30</sup>

2001

- TOBIN-STEUER

Globalisierungskritiker haben in dieser Zeit ATTAC gegründet, die eine Tobin-Steuer schon im Namen trägt (Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens. In dem Beitrag wird ebenfalls für eine solche Steuer auf Devisentransaktionen plädiert, allerdings in einer ‚Turbo‘-Version. Der Steuersatz kann darin - wie bei den Vorschlägen üblich - zwar relativ niedrig beginnen, soll dann aber mit der Stärke der Abweichung von einem Mittelwert stark ansteigen. Dieser Mittelwert wiederum soll dynamisch sein, sich als gleitender Durchschnitt über die Zeit bilden, um Veränderungen in marktfundamentalen Daten in Kursen abbilden zu können.<sup>31</sup> Während eine Tobin-Steuer damals recht radikal klang, wurde sie nach der Finanzkrise 2008ff sogar Programmpunkt der EU in Form eines Vorschlags zur vertieften Zusammenarbeit.<sup>32</sup> Allerdings ist der Anstoß bisher dort versandet bzw. in weiteren Verhandlungen bis zur Unkenntlichkeit abgeschliffen worden, obwohl er eigentlich substantielle Einnahmen verspricht, die gerade in Corona-Zeiten willkommen wären (2020, Corona-Bonds?).

- PROGRESSIVE KONSUMSTEUER

Einmal, um statusbezogenen Konsum zu vermindern und zum anderen Konsum besser über die Lebenszeit zu verteilen, wird vorgeschlagen, Spareinlagen von der Einkommensbesteuerung völlig auszunehmen. Die von Haushalten steuerbegünstigt erworbenen Sparprodukte müssen dafür registriert werden, um Steuerhinterziehung zu

---

<sup>29</sup> <https://www.oecd.org/berlin/presse/mehr-als-130-staaten-und-gebiete-vereinbaren-mutiges-neues-rahmenwerk-fuer-internationale-steuerreformen.htm>

<sup>30</sup> Gerd Grözingler, Haftpflicht für Kriegswaffen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1999, S. 1467 - 1474

<sup>31</sup> Gerd Grözingler, Die Tobin-Steuer: praktikabel, wünschenswert, erfolgversprechend? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2001, S. 1473 - 1481

<sup>32</sup> [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_13\\_115](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_13_115)

verhindern. Zugleich kann der Spitzensteuersatz angehoben werden, was die Attraktivität des Sparens weiter erhöht. Die vorher nicht-gezahlte Einkommensteuer fällt erst an, wenn die Sparanlage zu Konsumzwecken aufgelöst wird oder auch beim Tod des/der Einkommensteuerpflichtigen.<sup>33</sup>

2002

- BANKGEHEIMNIS?

Das Bankgeheimnis wird in Rechtsstaaten gerne zur Steuerhinterziehung genutzt. Aber es gibt auch genug Diktaturen, wo vor dem Staat verstecktes Vermögen u.U. Flucht- und Widerstandsoptionen bedeuten. Am Beispiel der Verhandlungen der EU mit der Schweiz wird deshalb vorgeschlagen, dass Herkunftsstaaten sich in Bern zunächst als demokratisch/rechtsstaatlich registrieren müssen, was von dort zu prüfen ist. Fällt die Prüfung negativ aus, gilt das Bankgeheimnis alter Prägung. Bei positivem Bescheid werden aber die Erträge aus der Finanzanlage mit dem Einkommenhöchststeuersatz des jeweiligen Landes belastet. Über diese Zahlung erhält der/die Steuerpflichtige einen Beleg, den er/sie bei ihren Finanzbehörden einreichen kann, um sich, sofern es sich um ordentlich deklariertes Vermögen handelt, eventuelle Rückzahlungen zu sichern.<sup>34</sup>

2003

- EU-DEMOKRATIE

Zu dem Thema werden drei Reformen vorgeschlagen. Erstens und grundsätzlich soll den Parlamenten der Mitgliedsländer eine größere Rolle gegeben werden, als der zentralen und höchstlegitimierten politischen Diskursarena. Europapolitische Vorschläge von dort sollen parallel und zeitgleich in diesen Kammern abgestimmt werden, den ‚Vereinigten Parlamenten von Europa‘ als letztentscheidender Instanz der EU. Als angemessenes Abstimmungsverfahren kann dabei ‚ExCumLex‘ zum Einsatz kommen, da mehrere konkurrierende Vorschläge zu erwarten sind (1996, Entscheidungsverfahren). Zweitens wird die Einführung des Günstigkeitsprinzips in relevanten Politikfeldern gefordert. Dies bedeutet, dass Nationalstaaten hinter EU-Normen nicht zurückfallen dürfen, sie diese aber dann verschärfen können, wenn die Interessen von strukturell Schwächeren dadurch verbessert werden, z.B. Frauen gegenüber Männern, ArbeitnehmerInnen gegenüber ArbeitgeberInnen etc. Drittens schließlich soll das Europäische Parlament die Kommission frei wählen können, wobei einmal ein Zufallsverfahren mit Bevölkerungsgewichtung bei der Zahl der KommissarInnen zum Einsatz kommen könnte, und zum anderen von den entsendenden Mitgliedsstaaten via eines Reißverschluss-Verfahrens KandidatInnen von Regierung und Opposition benannt werden sollten, um dem EP eine echte Auswahl zu erlauben.<sup>35</sup>

---

<sup>33</sup> Gerd Grözinger, Auf zur nächsten Runde: die 'Progressive Konsumsteuer', in: die tageszeitung, 4.8.2000

<sup>34</sup> Gerd Grözinger, Bankgeheimnis unter Beschuss. Zur Verteidigung einer umstrittenen Institution, in: Wirtschaftsdienst 6/2002, S. 344 - 348

<sup>35</sup> Gerd Grözinger, Die Vereinigten Parlamente von Europa und weitere Überlegungen zur Subsidiären Demokratie, in: Claus Offe (Hrsg.), Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt/M., 2003, S. 211 – 231. Eine englische Version findet sich als: The United Parliaments of Europe and

- HOCHSCHULREFORMEN

Hier werden vier verschiedene Überlegungen präsentiert. Die erste betrifft die Leitungsebene, also Präsidien/Rektorate und Dekanate. Es wird vorgeschlagen, deren StelleninhaberInnen einiges an Gestaltungsmacht für die immer schwierig zu organisierende Hochschule zu übertragen, aber ihr Einkommen dafür an jährliche Abstimmungen der ‚Faculty‘ über Bonus-Malus-Zahlungen zu koppeln, um Checks & Balances zu garantieren. Zweitens sollen Studierende, die Funktionselite der Zukunft, zum Einüben in diese Rolle eigene Budgets bekommen sowie bestimmte Vetorechte bei Studiengangsreformen. Drittens könnten die jährlichen einheitlichen Gehaltssteigerungen von ProfessorInnen auch individualisiert werden und auf der Basis wechselseitiger Bewertungen nach Leistungsunterschieden getroffen werden, eine praktikable US-Erfahrung. Viertens schließlich wird als langfristige Verbesserung der Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses die Schaffung einer großen Zahl von Halbeinstellen gefordert, die aber dafür unbefristet sein sollen.<sup>36</sup> Letzteres ist als Reaktion auf die #IchBinHanna-Debatte auch später noch einmal aufgegriffen worden (2021, Post-Doc-Perspektiven).

- STAATSVerschuldung

Die verfassungsmäßige Begrenzung der Staatsverschuldung ist polit-ökonomisches Dauerthema. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt hat sich (erwartbar) als höchst unbefriedigend erwiesen. Hier wird am Beispiel der alten Grundgesetz-Formulierung die prinzipielle Nützlichkeit der sogenannten ‚Goldenen Regel‘ aufgezeigt, wo Staatskredite durch die öffentlichen Investitionen gedeckelt waren. Allerdings gab es bei den Ausführungsbestimmungen jede Menge Schlupflöcher und Unbestimmtheiten, so dass die Regel faktisch unwirksam wurde. Alternativ wird deshalb eine präzisierende Schärfung und Wiedereinführung der Kopplung vorgeschlagen. Dazu sollten künftig auch Bildungsinvestitionen zu Investitionen zählen, da hier mittlerweile die stärksten wachstumssteigernden Wirkungen vorliegen. Um über die Konjunkturzyklen hinweg agieren zu können, sollte weiter die Legislaturperiode statt jährlicher Haushalte die Bewertungsbasis bilden. Und schließlich könnte zur Abwehr ‚großer Krisen‘ durch staatliche Nachfragestimulierung von der Vorschrift auch abgewichen werden können, dann aber die Regierungsparteien als Bremse missbräuchlichen Einsatzes signifikante Abzüge von der Parteienfinanzierung zu vergegenwärtigen haben.<sup>37</sup>

---

further Considerations on Subsidiary Democracy, in: Helge Hoibraten/Jochen Hille (Eds.), Northern Europe and the Future of the EU, Berlin/Cambridge 2011, S. 211 - 229

<sup>36</sup> Gerd Grözing, Von Amerika lernen. Vier Vorschläge zur Hochschulreform, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2004, S. 95 - 104

<sup>37</sup> Gerd Grözing, StaatsSchuld & SühneGeld. Zur Begrenzung der öffentlichen Kreditaufnahme in Deutschland und Europa, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Schwerpunktheft, Zur Zukunft des Stabilitäts- und Wachstumspaktes? 3/2004, S. 460 - 470

- **SOZIAL-ERBSCHAFT**  
Erbschaften hatten früher einmal die Funktion (zumindest für den wohlhabenderen Teil der Bevölkerung), der nächsten Generation ökonomisch einen eigenen Start zu ermöglichen. Bei steigender Lebenserwartung wird das obsolet, von der hochproblematischen Gerechtigkeitsfrage ganz abgesehen. Ein US-amerikanischer Vorschlag sieht deshalb vor, allen BürgerInnen eine steuerfinanzierte Erbschaft zukommen zu lassen.<sup>38</sup> Wir haben in dem Band den Gedanken auf deutsche Verhältnisse übertragen und schlagen 60.000 € vor, auszuzahlen in Tranchen bei Erreichen der Volljährigkeit. Damit kann ein Studium finanziert werden, ein Geschäft eröffnet, eine Wohnung anbezahlt werden etc. Voraussetzung sollte ein ausreichender Schul-, Ausbildungsabschluss sein, ansonsten würde das Geld zumindest für eine längere Periode treuhänderisch verwaltet und nur Zinserträge ausbezahlt werden. Das stärkte auch die Bildungsbereitschaft.<sup>39</sup> In jüngerer Zeit hat der Vorschlag wieder etwas Traktion bekommen. So hats sich vor allem Thomas Piketty dafür ausgesprochen und für eine Einführung auch jenseits von Deutschland plädiert.<sup>40</sup>
- **BILDUNGS-SOLI**  
Der angebliche Wissens-Standort Deutschland gibt erstaunlich wenig für Bildung aus, leistet sich aber dauern Steuersenkungsdebatten. Hier wird deshalb ein Bildung-Soli gefordert, der via Art 106 GG als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und zur Körperschaftssteuer erhoben wird, dessen Ertrag alleine dem Bund zusteht, dann aber von dort zweckgebunden an die Länder für gesteigerte Bildungsausgaben weitergereicht werden sollte.<sup>41</sup>
- **RAUCHERKNEIPEN-LIZENZEN**  
Ein Großteil der Einwohner Deutschlands sind Nicht-Raucher, aber eine durchaus signifikante Minderheit Raucher. Damals tobte der Streit, wie hier Gastwirtschaften zu behandeln sind. In dem Beitrag wird vorgeschlagen, dass Rauchen in Lokalen verboten wird, aber für eine kleinere Anzahl davon Ausnahme-Lizenzen versteigert werden. Das ließe den Interessen beider Gruppen Gerechtigkeit widerfahren und erbrächte zugleich interessante Einnahmen, um die bekannt gesundheitsschädlichen Wirkungen des Rauchens ein Stück weit zu kompensieren.<sup>42</sup>
- **EU-STEUERHARMONISIERUNG**  
Eine Unternehmenssteuerharmonisierung innerhalb der EU ist extrem unwahrscheinlich. Denn nicht nur Steuersätze, sondern auch Steuerprinzipien sind historisch gewachsen und sehr unterschiedlich. Was aber vielleicht möglich wäre, ist eine End-of-pipeline-Vorschrift. Dazu müssten die jeweiligen Einnahmen aus der Gewinnsteuer von Kapitalgesellschaften - den mobilsten Unternehmen - mit dem Anteil der Kapitalgesellschaften am Umsatz des

---

<sup>38</sup> Anne Alstott/Bruce Ackermann, *The Stakeholder Society*, New Haven 2000

<sup>39</sup> Gerd Grözinger/Claus Offe/ Michael Maschke, *Die Teilhabe-Gesellschaft*, Frankfurt/M., 2006

<sup>40</sup> <https://www.vorwaerts.de/artikel/gegen-ungleichheit-staroekonom-piketty-fordert-120000-euro-erbschaft-alle>

<sup>41</sup> Gerd Grözinger, *Neue solidarische Verantwortung*, in: *die tageszeitung*, 27.04.2006

<sup>42</sup> Gerd Grözinger, *Legalize it!*, in: *die tageszeitung*, 10.10.2006



entsprechenden Landes gewichtet werden. Unterschreitete ein solcher Wert eine bestimmte Größe, könnten dem jeweiligen Staat Strafen wegen Steuerdumpings auferlegt werden.<sup>43</sup>

2007

- BILDUNGSGRUNDSICHERUNGSEINKOMMEN

In dem Beitrag wird eine Verbindung zwischen zwei Herausforderungen versucht: der Minderung von Hartz IV-Grausamkeiten und der zunehmenden Bedeutungslosigkeit der BAFÖG-Förderung. Vorgeschlagen wird ein Bildungsgrundsicherungseinkommen ‚BIGSEK‘, das allen Erwachsenen für einige Jahre zum Zweck der Aus- und Weiterbildung zur Verfügung steht. In dieser Zeit muss man sich nicht für den Arbeitsmarkt zur Verfügung halten, sondern nur seine nachzuweisende Beteiligung an einer zertifizierten Bildungsmaßnahme.<sup>44</sup> Das Konzept ist neuerdings unter dem Namen Bildungsgrundeinkommen von einem Think Tank wieder aufgegriffen worden, wenn auch ohne Einbeziehung der studentischen Seite.<sup>45</sup> Als erste politische Gruppierung von Bedeutung hat sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür ausgesprochen, hier Bildungsgrundabsicherung benannt.<sup>46</sup>

2009

- PARLAMENTARIER-PFAND

Das war die Zeit der politischen Herausforderungen durch die Finanzkrise. In Schleswig-Holstein (und Hamburg) haben die Parlamente eine Rettung der überwiegend von den beiden Ländern getragenen HSH Nordbank beschlossen, die im schlimmsten Fall für die Länder die Staatspleite bedeutet hätten. Die Abgeordneten hatten dabei kaum Gelegenheit, den Fall eingehend zu prüfen und wurden von ihren politischen Führungen zur Zustimmung massiv bedrängt. Ich habe deshalb vorgeschlagen, dass bei Entscheidungen von solcher Bedeutung von ParlamentarierInnen verlangt werden kann, bei einem schlechten Ausgehen solcher Wetten auch mit ihrem Privatvermögen zu haften, um ihnen die Tragweite ihrer Entscheidungen vor Augen zu führen.<sup>47</sup>

---

<sup>43</sup> Gerd Grözing, Auf die Quote kommt es an. Steuersenkungen sollen deutsche Unternehmen wettbewerbsfähig machen? Anderswo liegt die finanzielle Belastung viel höher. Und dies könnte EU-weit harmonisiert werden, in: die tageszeitung, 1.7.2006

<sup>44</sup> Gerd Grözing, Bildungsgrundsicherungseinkommen, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Die Zukunft sozialer Sicherheit, Berlin 2007, S. 85 – 96  
[https://www.boell.de/sites/default/files/Reihe\\_Wirtschaft\\_Soziales\\_Band2\\_Zukunft\\_sozialer\\_Sicherheit\\_2007\\_%281%29.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/Reihe_Wirtschaft_Soziales_Band2_Zukunft_sozialer_Sicherheit_2007_%281%29.pdf)

<sup>45</sup> [https://libmod.de/wp-content/uploads/LibMod\\_Bildungsgrundeinkommen.pdf](https://libmod.de/wp-content/uploads/LibMod_Bildungsgrundeinkommen.pdf)

<sup>46</sup> <https://taz.de/SPD-Politikerin-ueber-Arbeitslosengeld/!5784222/>

<sup>47</sup> Gerd Grözing, Vertrauen ist gut, Pfand ist besser. Die Rettung der HSH Nordbank wird für Hamburg und Schleswig-Holstein zum finanziellen Desaster. Wer da als Politiker noch glaubwürdig bleiben will, der sollte mit seinem Privatvermögen haften, in: Financial Times Deutschland, 3.4.2009

2011

- **BANKENRETTUNG?**

In ganz Europa wurden Banken mit immensen Summen aus öffentlichen Mitteln gerettet. Als Alternative wird in dem Beitrag vorgeschlagen, dass erstens ein hochverschuldetes Land wie Griechenland einseitig seine Zinsen auf Niedrigniveau senken und eine Prolongierung der Laufzeit vornehmen könnte. Zweitens kann man an Zwangsanleihen für einkommensstarke Bevölkerungsgruppen denken und drittens daran, dass höhere Bankangestellte über einen nicht allzu hohen Barbetrag hinaus ihr Gehalt in neuemittierten Aktien ausgezahlt bekommen, um das Eigenkapital des Finanzsektors zu stärken.<sup>48</sup> Einiges davon wird auch in anderen Publikationen dieser Zeit wieder aufgegriffen (2011, Euro-Bonds?; 2012 Troika-Alternative).

- **EURO-BONDS?**

Die damals vielgeforderten Euro-Bonds werden kritisch betrachtet und stattdessen etwas grundsätzlichere Alternativen diskutiert. Dazu zählt ein Zwangsumtausch griechischer Anleihen zu günstigeren Bedingungen und auch Zwangsanleihen Vermögenger. Auch können die Maßnahmen zur Steuerhinterziehung intensiviert werden und gemeinsame Anleihen zur Nachfragestimulierung für Investitionen etwa im Bereich erneuerbarer Energie auf den Weg gebracht werden, mit besonderer Berücksichtigung der Situation in Hochkrisenländern (,impliziter Marshallplan').<sup>49</sup> Es ist interessant zu sehen, dass dies in der Finanzkrise politisch nicht diskutiert wurde, dass aber der spätere Corona-Wideraufbaufonds tatsächlich einen solchen Weg genommen hat.<sup>50</sup>

2012

- **TROIKA-ALTERNATIVE**

Griechenland war zu diesem Zeitpunkt weiter fest im Zangengriff der ,Troika' aus EZB, EU-Kommission, IMF. Als Alternative zu der ökonomisch recht sinnfreien und sozial desaströsen Kahlschlagpolitik werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen. Erstens hätte man seitens der griechischen Regierung zum Euro eine Parallelwährung einführen können, mit der auch Steuern bezahlt werden können. Zweitens hätte man Zins- und Tilgungszahlungen für die Staatsschulden auf Zeit einseitig aussetzen können, eine international gar nicht so selten genutzte Option. Drittens wäre zur Verbesserung der Einnahmensituation eine Vermögensabgabe angemessen und viertens eine Übernahme des US-Prinzips einer weltweiten Einkommen-Steuerpflichtigkeit der StaatsbürgerInnen.<sup>51</sup>

---

<sup>48</sup> Gerd Grözing, Plan B zur Bankenrettung, in: die tageszeitung, 20.10.2011

<sup>49</sup> Gerd Grözing, Eurobonds? Konzepte - Probleme – Alternativen, [https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download\\_de/Eurobonds092011.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/Eurobonds092011.pdf)

<sup>50</sup> [https://ec.europa.eu/info/strategy/recovery-plan-europe\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/recovery-plan-europe_de)

<sup>51</sup> Gerd Grözing, Griechenland: Von den Amerikas lernen, heißt siegen lernen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2012

- INTERVENTIONS-EINHEGUNG

Vor dem Hintergrund mal unternommener (Afghanistan), mal unterlassener (Syrien) militärischer Interventionen zur Beseitigung diktatorischer Regimes wird vorgeschlagen, dafür zwingend eine nachträgliche Legitimierung vorzusehen. Im angemessenen Zeitabstand mehrerer Jahre nach einem militärischen Eingreifen sollte im okkupierten Land eine Volksabstimmung unter UN-Observanz stattfinden, in der die Frage zu beantworten wäre, ob das eine ‚letztlich gute‘ Sache gewesen wäre. Das würde die Interventionskräfte dazu bringen, zivile Opfer möglichst gering zu halten, die bequem erscheinende Zusammenarbeit mit lokalen Warlords und korrupten Eliten zu beschränken, und viel mehr Aufmerksamkeit als heute auf einen nachhaltigen Wiederaufbau zu richten. Ließen Interventionsstaaten keine Abstimmung zu oder verlören sie eine solche, sollten dann internationale Sanktionen in Kraft treten.<sup>52</sup>

2014

- EURO-AUSTRITT

Während man die EU geregelt verlassen kann, siehe Brexit, ist gar kein vergleichbarer Mechanismus vorgesehen, auch aus der Euro-Zone auszutreten. Potentielle Schwachwährungsländer, für die eine eigene Zentralbank den meisten Nutzen brächte, müssten aber fürchten, dass bei einem Austritt die neue eigene Währung abwerten würde, ihre Schulden aber nominell weiter in Euro zu zahlen wären. Es wird deshalb vorgeschlagen, dass ein eventueller Austritt eines Landes (oder mehrerer davon) als kollektives Handeln betrachtet werden sollte. Und dass dann jede Geld-Transaktion für eine bestimmte Periode und mit der Zeit abnehmend in einem mit den jeweiligen BIPs gewichteten Währungskorb aus dem verbleibenden Euro und den neuen Landeswährungen zu vollziehen wäre. Das minderte den sonst zu erwartenden Abwertungsdruck einer neuen eigenen Währung erheblich.<sup>53</sup>

2015

- EZB-PARLAMENT

Die Europäische Zentralbank ist der zentrale Akteur der Eurozone. Und gleichzeitig super-unabhängig, da ihre Leitung nach der Ernennung politisch überhaupt nicht beeinflussbar. Das ist mit demokratischen Vorstellungen schwer in Übereinstimmung zu bringen. Zugleich ist es nicht unproblematisch, politischen Standard-Einrichtungen wie Regierung oder Parlamenten die Kontrolle über die Geldpolitik zu übertragen, da diese zur Verbesserung von Wiederwahlchancen versucht sein dürften, die Geldzufuhr sachfern zu steuern. Vorgeschlagen wird deshalb die regelmäßige Wahl eines kleinen Sonderparlaments, das die EZB-Politik künftig gestalten soll. Dies sollte eurozonenweit geschehen, um die Sichtbarkeit zu erhöhen, dem Prinzip One-man-one-vote folgen (anders als im Europa-Parlament heute), und könnte den Interessenkonflikt zwischen den Interessen von ArbeitnehmerInnen und

---

<sup>52</sup> Gerd Grözinger, Viva Podestà! Wie humanitäre Interventionen legitimiert und ihr Missbrauch verhindert werden könnte, in: Sicherheit und Frieden (S + F) 1/2012, S. 51 - 52

<sup>53</sup> Gerd Grözinger, Austritt einzelner Länder aus der Währungsunion: ein Szenario, Wirtschaftsdienst, 04/2014

SparerInnen legitimer als heute austarieren bzw. je nach ökonomischer Situation und Mehrheitsverhältnissen darin unterschiedlich entscheiden.<sup>54</sup>

- FLÜCHTLINGS-FINANZIERUNG

Die EU macht in der Flüchtlingsfrage eine ganz schlechte Politik und scheint auch nicht in der Lage, das dafür grundlegende Dublin-Abkommen substanziell zu ändern. Alternativ wird hier vorgeschlagen, dass jede Kommune seitens des EU-Haushalts einen ausreichenden kostendeckenden Betrag pro Flüchtling bekommt. Kurzfristig kann dies durch lineare Kürzung aller anderen zugesagten Zuschüsse finanziert werden, so dass durchschnittlich aufnehmende Staaten eine schwarze Null schreiben, überdurchschnittliche einen Überschuss haben, unterdurchschnittliche aber Verluste. Langfristig sollte aber eine z.B. 2%ige Importabgabe erhoben werden mit dem Ziel, dass andere Länder in der Welt dem Beispiel folgen und der Ertrag, soweit nicht auf dem eigenen Gebiet für Flüchtlingskosten ausgegeben, der UNHCR für die weltweite Versorgung Geflüchteter ausgezahlt wird.<sup>55</sup>

- EUROZONE-REFORM

Welche Lehren waren aus der Finanzkrise und der mehrfach verunglückten Konstruktion der Euro-Zone zu ziehen? Erstens wird vorgeschlagen, den Finanzsektor künftig aufzuteilen in Real- (letztlich nur Einsammeln von Spareinlagen für Realinvestitionen) und in Spekulations-Geschäften, wobei Anteile der letzteren Unternehmen nur Privatpersonen halten dürften, um Ansteckungen bei künftigen Krisen zu verhindern. Zweitens wäre aus gleichem Grund an eine Tobin-Steuer mit hoher Brems-Wirkung bei starken Ausschlägen zu denken, wie sie bereits früher von mir beschrieben wurde (2001, Tobin-Steuer). Drittens sollte die EZB künftig sowohl nach Art der Kredite wie nach Ländern unterschiedliche Zinssätze ansetzen dürfen. Viertens kann das schwierige Problem auseinanderlaufender Lohnstückkosten-Entwicklungen so gelöst werden, dass staatliche Zu- und Abschläge auf die vereinbarten Löhne kalkuliert werden. Hat ein Land z.B. einen dauerhaften Exportüberschuss im Euroraum würde bei der dortigen Arbeitgeberseite eine Abgabe fällig, deren Ertrag an die ArbeitnehmerInnen ausgezahlt werden würde und vice versa. Fünftens haben die meisten Krisenstaaten des Euro-Raums ein Einnahmeproblem, verbunden mit einem Gerechtigkeitsproblem. Das ließe sich durch eine Vorschrift lösen, dass die Summe der verteilungsintensiven Steuern auf Gewinne, Einkommen und Vermögen einen bestimmten Anteil am BIP erreichen muss.<sup>56</sup>

---

<sup>54</sup> Gerd Grözinger, Demokratisiert die EZB!, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2015

<sup>55</sup> Gerd Grözinger, Geschäftsmodell statt Pflicht. Ein EU-Zuschuss für die Aufnahme von Flüchtlingen böte mehr Chancen als eine Quote. Zölle auf Warenhandel könnten die Kosten decken, in: die tageszeitung 29.5.2015

<sup>56</sup> Gerd Grözinger, Eurozone: multiple problems, multiple solutions, in: Hauke Brunkhorst/Charlotte Gaitanides/Gerd Grözinger (Hrsg.): Europe at a Crossroad, From Currency Union to Political and Economic Governance?, Baden-Baden 2015, S. 209-227. Eine deutsche Version findet sich in: <https://www.uni-flensburg.de/fileadmin/-content/abteilungen/sozial-bildungsoekonomik/dokumente/veroeffentlichungen/22-alternativloesungen-fuer-die-krise-der-eurozone-discussionpaper.pdf>

2016

- **SOZIALVERSICHERUNGS-AUFTEILUNG**  
Eine optimale Lösung unterschiedlicher Lohnstückkosten-Entwicklungen wäre ein Euro-weites System von Zu- und Abschlägen bei Löhnen (2015, Eurozone-Reform). Aber Deutschland, das ständig einen zu hohen Exportüberschuss hat und deswegen in der europäischen Öffentlichkeit und von der Kommission kritisiert wird, kann durchaus auch einseitig agieren. Sind die Tarifparteien nicht willens, sich auf höhere Löhne zu einigen, kann aber die Politik tätig werden. Der Bundestag könnte die jetzige hälftige Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge zu Lasten der Arbeitgeberseite verändern und so für eine Stärkung der Einkommen der Arbeitnehmerseite und damit eine Erhöhung der Lohnkosten sorgen.<sup>57</sup>
- **AKTIONÄRS-HAFTUNG**  
Unternehmensfehlverhalten wie der Diesel-Skandal von VW oder die vielen Verurteilungen der Deutschen Bank wegen diverser Manipulationen ziehen meist Geldstrafen nach sich. Und prompt wird gewarnt, zu viel davon könne das Unternehmen bzw. seine Investitionsfähigkeit in Zukunftstechnologien gefährden. Deshalb wird hier vorgeschlagen, zwischen der Organisation und ihren EigentümerInnen zu differenzieren. Strafen könnten auch in Form von Gratisanteilen am Unternehmen bezahlt werden. Das beträfe nur die Besitzerebene, die ja bei der ihr obliegenden Kontrolle des Managements beide Augen zugedrückt hatte.<sup>58</sup>
- **FÖDERALISMUSREFORM**  
Das Kernstück des deutschen Föderalismus ist die Bildungspolitik als Länderangelegenheit. Allerdings ist insbesondere durch den, sachlich nötigen, großen Ausbau der hochschulischen Bildung die Architektur der föderalen Finanzierung dafür nicht mehr passend. Es wird deshalb zweierlei vorgeschlagen. Einmal investieren die Bundesländer unterschiedlich viel in Studienplätze, deshalb muss hier eine finanzielle Kompensation jenseits des rein einnahmeseitigen Länderfinanzausgleichs her. Damit werden frühere Überlegungen zu diesem Thema aktualisiert (1998, Hochschulfinanzen). Zweitens ist die Länderebene gegenüber dem Bund die ärmere und muss dauernd von dort durch Sonderprogramme gerade im Bildungsbereich subventioniert werden. Da die wirklich aufkommensstarken Steuern - Einkommensteuer, Umsatzsteuer - aber alle Gemeinschaftssteuern sind, wird eine funktionale Trennung befürwortet. Man könnte zwar die Steuern aus Effizienzgründen weiter gemeinsam bestimmen und erheben, die konkreten Erhebungssätze aber getrennt festlegen. Um eine schädliche Steuerkonkurrenz zwischen den Ländern zu vermeiden, sollten dabei die Länder-Sätze einheitlich sein und von der Mehrheit im Bundesrat beschlossen werden.<sup>59</sup>

---

<sup>57</sup> Gerd Grözinger, Ein Projekt für Rot-Rot-Grün. Deutschland muss die Löhne erhöhen, um die Eurozone zu stabilisieren. Die Sozialversicherungsbeiträge könnten neu aufgeteilt werden, in: die tageszeitung 2.20.2016

<sup>58</sup> Gerd Grözinger, VW & Co.: Lasst die Aktionäre haften!, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2016

<sup>59</sup> Gerd Grözinger, Bildungsfinanzierung und Föderalismusversagen, in: Lutz Bellmann/Gerd Grözinger (Hrsg.): Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft 28 - Bildung in der Wissensgesellschaft, Marburg 2016

- HELIKOPTERGELD

Die EZB-Politik des billigen Geldes ist zwar prinzipiell in einer Wirtschaftskrise richtig, hat aber die unangenehme Nebenwirkung, dass sie faktisch Ungleichheit verstärkt, z.B. durch die Finanzierung von Immobilienspekulation. Besser wäre es, wenn allen EinwohnerInnen ein Betrag zur Nachfragestimulierung direkt ausgezahlt werden würde („Helikoptergeld“). Allerdings muss man dann Vorkehrungen treffen, wie verhindert werden kann, dass von vielen das zusätzliche Einkommen gespart statt konsumiert wird. Dies kann durch die vorherige Ankündigung späterer stärkerer Mehrwertsteueranhebungen geschehen, deren Ertrag dann wieder sozial angemessen umverteilt wird.<sup>60</sup>

2018

- SANKTIONEN-UMGEHUNG

Die damalige US-Regierung unter dem Präsidenten Trump drohte europäischen Unternehmen, die - in der EU legalen - Handel mit dem Iran trieben, Strafen und Verfolgung an. Da der amerikanische Markt viel zu wichtig war, waren die Firmen willfährig. Vorgeschlagen wird deshalb, dass zur Abwehr solcher Erpressungen eine europäische Handelsgesellschaft gegründet wird, die den Iran-Handel letztlich betreibt. Und dass alle Firmen, auch US-Niederlassungen in der EU, gesetzlich verpflichtet werden, an diese Handelsgesellschaft zu marktüblichen Preisen zu liefern.<sup>61</sup>

- PARLAMENTARISCHE GESCHLECHTERPARITÄT

Wieder einmal war ein Versuch gescheitert, mehr Frauen durch Änderung gesetzlicher Vorschriften in die Parlamente zu bekommen (diesmal im politischen Vorfeld in BaWü). Deshalb wird hier ein anderer Weg vorgeschlagen. Parteien sind in Deutschland sehr von der öffentlichen Wahlkampffinanzierung abhängig. Und hier könnte man eine neue Bestimmung einführen, dass der volle Betrag nur ausgezahlt wird, wenn 50% der Abgeordnete weiblich sind. Und wenn es weniger sind, dass dann entsprechende proportionale Abschläge hinzunehmen wären.<sup>62</sup>

- DIESEL-UMTAUSCHPRÄMIE

In Folge des Diesel-Skandals und der gerichtlich durchgesetzten Fahrverbote für besonders umweltbelastende Altdiesel haben viele Autohersteller nennenswerte Umtauschprämien für solche Wagen angekündigt. Hier wird vorgeschlagen, dass man solche Prämien handelbar macht, um auch in Ballungsgebieten ein Umsteigen auf andere Mobilitätskonzepte ohne Vermögensverlust zu erlauben.<sup>63</sup>

---

<sup>60</sup> Gerd Grözinger, Helikoptergeld mit Ballonauftrieb, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2016, S. 39-40

<sup>61</sup> Gerd Grözinger, Europa ist nicht hilflos. Die Sanktionsmaßnahmen der USA gegen den Iran können erfolgreich umgangen werden. Vorausgesetzt der Wille ist da, in: die tageszeitung 14.5.2018

<sup>62</sup> Gerd Grözinger, Lernen durch sanften Zwang. Wahlberechtigt sind mehrheitlich Frauen – doch in den Parlamenten sind sie unterrepräsentiert. Zeit, Parteien den Geldhahn zuzudrehen, in: die tageszeitung 27.5.2018

<sup>63</sup> Gerd Grözinger, Dieselfahrer sollten mit Umtauschprämien handeln dürfen, in: die tageszeitung 5.10.2018

- BREXIT-REFERENDUM NR. 2

Das Brexit-Referendum ist von den Befürwortern auch mit viel Falschinformation gewonnen worden. In den folgenden Verhandlungen mit der EU wurde aber deutlich, dass hier einige politische und wirtschaftliche Kosten zu kalkulieren waren, die vorher kaum diskutiert wurden. Deshalb ist es angemessen, eine zweite, konkretisierende oder revidierende Volksabstimmung abzuhalten. Zur Wahl stehen sollten dabei (mindestens) drei Optionen, ein ganz harter Brexit samt inner-irischer Grenze, eine Zwischenlösung, wo das ganze UK oder Nordirland im Wirtschaftsraum verblieben, ein (von der EU bereits zugesagter) Wieder-Eintritt in die EU. Bei mehr als zwei Optionen ist das Verfahren von hoher Bedeutung. Es sollte immer Folgepräferenzen miteinschließen, wie es durch ‚ExCumLex‘ gewährleistet ist (1996, Entscheidungsverfahren).<sup>64</sup>

2019

- DIESEL-VERKAUFSSTEUER

Die Diesel-PKW sind das Hauptproblem für die Luftqualität in den Innenstädten. Deshalb wird eine Sondersteuer auf den Verkauf solcher Fahrzeuge gefordert, die, da im Wettbewerb mit anderen Fahrzeugantrieben stehend, von den Herstellern schlecht auf die KundInnen abwälzbar wäre. Die Hersteller sollten aber ihre Steuerlast mindern können, wenn Altfahrzeuge ihrer Marke in den belasteten Regionen abgemeldet und nicht mehr sonst wo in Deutschland angemeldet würden. Das machte finanzielle Angebote von den Autoherstellern an die FahrzeugbesitzerInnen zur Stilllegung attraktiv.<sup>65</sup>

- KOHLE-AUSSTIEG

Deutschland lässt sich den Ausstieg aus dem Braunkohleabbau sehr viel Geld kosten. Dabei handelt es sich bei den hier Beschäftigten um eine relativ kleine Gruppe und mit hohem Altersdurchschnitt. Als Alternative zu teuren Anwerbemaßnahmen für Ersatzindustrien wird vorgeschlagen, stattdessen den Betroffenen ein lebenslanges Grundeinkommen zu zahlen. Dann könnte der Kohleausstieg sogar viel früher beginnen, klimapolitisch hochwillkommen. Es wäre auch ein wichtiges regional beschränktes Experiment, wie ein solches garantiertes Grundeinkommen langfristig wirkt, das deshalb sozialwissenschaftlich intensiv begleitet werden sollte.<sup>66</sup>

- MIETEN-MIX

Die angespannten Wohnungsmärkte in vielen Ballungsgebieten konstituieren eine neue soziale Frage. Besonders fehlen relativ günstige Wohnungen in Städten. Vorgeschlagen wird deshalb erst einmal die Herstellung von Transparenz. Wir brauchen ein Register aller Mietwohnungen mit der Angabe der Miete und der Wohnfläche. Dann kann man je Gebiet eine Dreiteilung mit der Miete pro Quadratmeter vornehmen: Wohnungen im unteren, im mittleren, im oberen Preissegment. VermieterInnen ab einer bestimmten Größe müssen

---

<sup>64</sup> Gerd Grözinger, Brexit. Charme der Zweiten Wahl, in: die tageszeitung, 03.08.2018

<sup>65</sup> Gerd Grözinger, Steuern rauf für Autoverkäufer. Eine ganz einfache Waffe gegen den Stinkediesel: Eine Steuer für neue Dieselaautos, die den Kunden kaum trifft, dafür aber den Verkäufer, in: die tageszeitung 29.1.2019

<sup>66</sup> Gerd Grözinger, Kohle für alle, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2019

einen Mix ihrer Wohnungen nachweisen. Können sie das nicht, weil sie etwa nur im Luxussegment unterwegs sind, müssen sie entsprechende Bescheinigungen von anderen VermieterInnen erwerben, die eher im preiswerten Bereich vermieten. Damit würden günstigere Wohnungen immanent subventioniert, unnötige Luxussanierungen unattraktiver. Zusätzlich sollte in Ballungsgebieten eine Steuer auf die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erhoben werden und der geplante Neubau reiner Eigentumswohnanlagen durch die Pflicht zum Bau zusätzlicher Mietwohnungen ergänzt werden.<sup>67</sup>

2020

- GLOBULI BEI DER KV?

Die Grünen haben sich damals in der Frage intern völlig zerstritten, ob homöopathische Behandlungen von gesetzlichen Krankenkassen weiter bezahlt werden sollten. Eine Position war: die evidenzbasierte Medizin kann hier keinen positiven Erfolg messen, und da Grüne ja der Wissenschaft verpflichtet sind, siehe Klimapolitik, müsse das auch hierfür gelten. Die Gegenposition war, dass die grüne Wählerschaft überdurchschnittlich an ihren Globuli hängt und sich davon, unterstützt durch anekdotische Evidenz, viel Wirksamkeit verspricht. In dem Beitrag wird argumentiert, dass beides richtig sein kann, da ja Placebo-Effekte in der Medizin gut belegt sind. Als Kompromiss wird deshalb angeregt, dass homöopathische Behandlungen, die als Kostenfaktor kaum ins Gewicht fallen, künftig von den gesetzlichen Krankenkassen dann weiter übernommen werden, wenn die Versicherten bereit sind, dafür einen ganz minimalen Zusatzbeitrag zu übernehmen.<sup>68</sup> Das hat offenbar auch die Leitung der Grünen überzeugt. Jedenfalls sieht der Vorschlag des Co-Vorsitzenden Robert Habeck zur Entschärfung des Konflikts genauso aus.<sup>69</sup>

- CORONA-GUTSCHEIN

Gaststätten, Hotels und Kulturbetriebe waren besonders von den Lock-downs betroffen. Es wird deshalb angeregt, allen EinwohnerInnen eine Scheckkarte mit einem Guthaben auszuteilen, die nur für solche Ausgaben genutzt werden dürfen. Das könnte gut in der ökonomisch verflochtenen Euro-Zone gemeinsam geschehen, um auch Anzahlungen auf spätere Urlaubsquartiere in den wirtschaftlich wie pandemisch besonders leidenden Tourismusländern zu ermöglichen. Finanziert werden könnte dies durch einen kleinen Zuschlag zur Einkommensteuer, damit auch die Gerechtigkeitsdimension ansprechend.<sup>70</sup>

- DIENSTRECHT

Immer mal wieder wird in Deutschland eine Dienstpflicht für die Armee bzw. Sozialdienste gefordert. Das könne jungen Menschen die Augen für andere Lebenslagen öffnen. Hier wird

---

<sup>67</sup> Gerd Grözinger, Wohneigentum verpflichtet!, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2019

<sup>68</sup> Gerd Grözinger, Globuli oder: Haste mal 'nen Euro?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2020

<sup>69</sup> <https://taz.de/Gruenen-Konflikt-ueber-Homoeopathie/!5702645/>

<sup>70</sup> Gerd Grözinger, Ein Gutschein für Hotel und Kneipe. Gaststätten und Hotels leiden besonders unter den Coronabeschränkungen. Die Eurozone könnte eine Guthabekarte ausstellen, um sie zu unterstützen, in: tageszeitung 14.5.2020



das Argument akzeptiert, aber für das funktionale Gegenteil plädiert: ein Dienstrecht. Wer geeignet ist, also gerade nicht Rechtsextreme bei der Bundeswehr, sollte, staatlich finanziert, einige Zeit mit einem Gesellschaftsdienst verbringen dürfen. Wer aus welchen Gründen diese Erfahrung nicht eingehen möchte, zahlt dafür später einen gewissen Zuschlag auf seine Einkommensteuer. Das motivierte natürlich besonders die, die sich ein späteres höheres Einkommen erwarten und denen deshalb eine andere Lebenserfahrung auf Zeit besonders guttun würde.<sup>71</sup>

- EU-CORONA-FINANZIERUNG

Bei jeder Wachstumsschwäche kommt der Vorschlag gemeinsamer Staatsanleihen in der Eurozone hoch, zuerst in der Finanz-, jetzt in der Corona-Krise. Damals (2011, Euro-Bonds?) wie heute ist das als sub-optimal abzulehnen. Schon allein deshalb, weil die politische Erpressbarkeit in Europa dadurch weiter noch steigen könnte. Stattdessen werden andere Möglichkeiten zusätzlicher - und dringend benötigter - Finanzquellen aufgezeigt. An erster Stelle steht dabei die Einführung einer substantiellen Tobin-Steuer (2001, Tobin-Steuer). Zweitens könnten alle Euro-Staaten wegen der Pandemie-Situation einseitig ihre Staatsschulden-Papiere kollektiv einseitig prolongieren. Das minderte den Druck hochverschuldeter Länder, sich ständig refinanzieren zu müssen, zu oft schwierigen Marktbedingungen. Drittens schließlich benötigt man mehr Einnahmen für einige Zeit. Deshalb sollte entweder ein substantieller Zuschlag auf die Einkommen von Besserverdienenden, die die Pandemie besser überstehen als andere Gruppen, erhoben werden oder diese sollten alternativ zur Zeichnung von langfristigen Sonderanleihen verpflichtet werden, bei denen Zinsen nur bei langfristigem Wachstum gezahlt würden.<sup>72</sup>

- DIREKTMANDATE-REFORM

Wieder einmal wurde das Wahlgesetz zum Deutschen Bundestag von der Regierungskoalition gegen die Stimmen der Opposition geändert. Hintergrund davon war, dass das Parlament wegen der zunehmenden Überhang- und Ausgleichsmandate immer größer wird. Dieser Trend kommt dadurch zustande, weil die Verteilung der Direktmandate nach Parteien immer weniger der der - eigentlich entscheidenden - Zweitstimme entspricht. Deshalb wird in dem Beitrag vorgeschlagen, für die Erststimme auch die Folgepräferenzen zu berücksichtigen. Das kann durch Nutzung von ‚ExCumLex‘ sehr einfach geschehen, wo beliebig viele KandidatInnen mit notenähnlichen Bewertungen versehen werden und dann in einem Nacheinander-Auszählungsverfahren eine absolute Mehrheit erreicht werden muss (1996, Entscheidungsverfahren). Käme eine solche gar nicht zustande, kann also niemand der KandidatInnen im Wahlkreis überzeugen, bliebe dieser Sitz unbesetzt. Im Ergebnis wird erwartet, so wie es Experimente nahelegen, dass Erst- und Zweitstimmenverteilungen sich stark annähern, der Bundestag also dadurch seine nominale Größe erreichte oder ihr nahekäme.<sup>73</sup>

---

<sup>71</sup> Gerd Grözing, Dienstrecht statt Dienstpflicht. Wehr- oder sozialer Dienst sollte freiwillig sein. Aber wer nicht kommt, sollte dafür mehr Steuern zahlen müssen, in: die tageszeitung 9.7.2020

<sup>72</sup> Gerd Grözing, Corona-Bonds: zu kurz gesprungen und dann auch noch in die falsche Richtung, Beitrag für Verfassungsblog, 11.8.2020, <https://verfassungsblog.de>

<sup>73</sup> Gerd Grözing, Sehr gut, Gut, Akzeptabel. Für ein besseres Wahlgesetz noch zur Bundestagswahl 2021, Beitrag für Verfassungsblog, 11.8.2020, Online: <https://verfassungsblog.de/sehr-gut-gut-akzeptabel/>

2021

- **POSTDOC-PERSPEKTIVEN**  
Die in diesem Jahr aufkommende #IchBinHanna-Debatte über die langfristigen (Nicht)-Perspektiven von Nachwuchs-WissenschaftlerInnen wird dadurch aufgegriffen, dass zwar eine große Zahl von Dauerstellen für Post-Docs gefordert wird, aber unter speziellen Bedingungen. Es sollen nur halbe Stellen sein, mit der Option der Aufstockung für Lehre und Forschungsprojekte bzw. des Raums für andere Aktivitäten. Und, um Tendenzen zur übermäßigen Differenzierung in forschungsorientierte und lehrorientierte Universitäten zu begegnen, sollen nach dem Vorbild vieler amerikanischer Sportarten eher forschungsschwache Einrichtungen für eine beschränkte Zahl an Jahren den Erstzugriff auf sich für solche Stellen interessierende Post-Docs bekommen („Rookie-Prinzip“). Damit wird eine Überlegung aktualisiert, die von mir bereits früher einmal skizziert wurde (2004, Hochschulreformen).<sup>74</sup>
- **IMPF-ANREIZ**  
Es ist auffällig, dass trotz einer Pandemie eine Impfpflicht von der Politik vehement abgelehnt wird, aber in anderen Bereichen jede Menge Obligatorisches wie Pflichtbeiträge bei den Sozialversicherungen oder die Anschnallpflicht im Auto selbstverständlich sind. Hier wird deshalb ein ökonomischer Anreiz als Kompromiss vorgeschlagen. Da Nicht-Impfen (statistisch) Kosten für einen selbst und via Ansteckung für Andere verursachen, und diese besonders im Gesundheitssektor anfallen, könnte man die Krankenkassenbeiträge nach dem Impfstatus differenzieren und von Impfgegnern hier einen substantiellen Aufschlag von z.B. 50 € im Monat verlangen.<sup>75</sup> Immerhin hat mittlerweile der erste Vorstandsvorsitzende einer privaten KV eine Ungleichbehandlung von Geimpften und freiwillig Ungeimpften für prinzipiell legitim erklärt.<sup>76</sup>
- **TARIFEINHEITSGESETZ-ALTERNATIVE**  
Der Lokführer-Streik rückt ein umstrittenes Gesetz wieder in die öffentliche Aufmerksamkeit. Das Tarifeinheitsgesetz versuchte die kleineren Spartengewerkschaften zu knebeln, indem je Betrieb nur die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern Tarifverträge abschließen sollte. Im Effekt führte das aber nur zu verstärkter Konkurrenz und entspricht auch nicht mehr den Interessen einer zunehmend differenzierten Arbeitnehmerschaft. Hier wird als Alternative vorgeschlagen, dass es in Zukunft ein regelmäßiges Losverfahren geben sollte, wo Gewinnchancen nach Mitgliederstärke berechnet werden. Die Gewinner-Gewerkschaft schließt dann für eine beschränkte Zeitspanne von z.B. zwei Jahren alle Tarifverträge ab,

---

<sup>74</sup> Gerd Grözing, Angebot an Hanna. Dauerstellen für alle sind nicht die Antwort auf prekäre Arbeitsbedingungen an Hochschulen. Besser wäre ein Lebenszeitangebot mit Haken, in: die tageszeitung 24.6.2021

<sup>75</sup> Gerd Grözing, Wer nicht impfen will, soll zahlen, in: Wirtschaftsdienst, 101. Jahrgang, 2021 · Heft 8

<sup>76</sup> <https://www.berliner-zeitung.de/news/corona-versicherung-haelt-sanktionen-fuer-ungeimpfte-fuer-denkbar-li.184090>

bevor neu ausgelost wird. Das gibt allen Gewerkschaften, auch kleineren, eine reelle Chance und macht sie für die Interessen vieler Beschäftigtengruppen offener und solidarischer.<sup>77</sup>

Fortsetzung folgt... (vielleicht)

---

<sup>77</sup> Gerd Grözing, Ein Losverfahren für mehr Solidarität. Spartengewerkschaften vs. das Tarifeinheitsgesetz, Beitrag für Verfassungsblog, 17.8.2021, Online: <https://verfassungsblog.de/ein-losverfahren-fuer-mehr-solidaritaet/>